

251/77.468 M Schnyder-Bern – Bäuerliches Zivilrecht
(7. Oktober 1977)

Das bäuerliche Zivilrecht ist so zu ergänzen, dass bei lebzeitiger Abtretung von landwirtschaftlichen Gewerben an Nachkommen im gleichen Rang, einem Selbstbewirtschafter das Vorkaufsrecht eingeräumt werden soll. Falls sich mehrere Selbstbewirtschafter für die Uebernahme der Liegenschaft interessieren sollten, müsste dem geeigneteren oder demjenigen, der persönliche Verdienste um den Hof geltend machen kann, der Vorzug gegeben werden.

252/77.500 M Schwarzenbach – Aspirant Flückiger. Todesursache (12. Dezember 1977)

Nach wochenlangem, vergeblichem Suchen wurde die verstümmelte Leiche des nach einem Orientierungslauf vermissten Aspiranten Flückiger ca. 12 km von der Schweizergrenze entfernt in unwegsamem Gelände auf französischem Boden gefunden.

Die Aussagen der Familienangehörigen, der militärischen Vorgesetzten und der Kameraden sprechen gegen Selbstmord.

Mehrere Indizien, so die Unauffindbarkeit der Pistole und ein anonymier Brief an die Neuenburger-Zeitung «L'Impartial», lassen auf ein Verbrechen schliessen.

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Untersuchungen im Todesfall Flückiger so lange nicht einzustellen, bis die Todesursache einwandfrei abgeklärt ist.

Mitunterzeichner: Akeret, Albrecht, Allgöwer, Ammann-Bern, Aubert, Baumann, Biel, Bommer, Bremi, Bretscher, Brosi, Condrau, Dürr, Etter, Fischer-Bremgarten, Fischer-Bern, Flubacher, Früh, Gehler, Graf, Hunziker, Jaeger, Keller, Kloter, König, Künzi, Nef, Oehen, Ribl, Roth, Rüegg, Sauser, Schalcher, Schär, Schatz-St. Gallen, Schutz-Graubünden, Schwarz, Sigrist, Soldini, Ueltschi, Widmer, Zwiggart (42)

253/77.326 P Seiler – AHV. Flexible Altersgrenze
(23. März 1977)

In den nächsten Jahren ist mit weiteren Verlusten an Arbeitsplätzen und damit für längere Zeit mit einer gewissen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Angesichts dieser wenig verhissungsvollen Perspektiven wird der Bundesrat ersucht, abzuklären, was zur Sicherung der Vollbeschäftigung vorgekehrt werden kann. Dabei ist der Beschäftigungsmöglichkeit für die jüngeren Arbeitnehmer besondere Beachtung zu schenken. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat eingeladen, insbesondere die Möglichkeit einer flexiblen Altersgrenze für die über 60jährigen Erwerbstätigen in der AHV und der beruflichen Vorsorge zu prüfen und den eidgenössischen Räten baldmöglichst entsprechende Anträge zu stellen.

Mitunterzeichner: Blunschy, Fontanet, Jelmini, Mugny, Trottmann, Ziegler-Solothurn (6)

254/77.487 M Sigrist – Waffenloser Militärdienst
(5. Dezember 1977)

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, auf welchem Wege die heute schon auf Grund eines Kreisschreibens des Eidg. Militärdepartementes bestehende Möglichkeit des waffenlosen Militärdienstes ausgebaut, verbessert und gesetzlich geregelt werden kann. Er wird ersucht, die notwendigen Gesetzesänderungen den Räten zu unterbreiten. Dabei ist der Erhaltung eines genügenden Bestandes an waffentragenden Wehrmännern Rechnung zu tragen.

Mitunterzeichner: Akeret, Alder Allgöwer, Ammann-Bern, Auer, Basler, Bretscher, Cossy, Delamuraz, Duboule, Eng, Fischer-Weinfelden, Fischer-Bremgarten, Flubacher, Friedrich, Früh, Füg, Graf, Gut, Hunziker, Jung, Kohler Raoul, Künzi, Matossi, Muff, Ribl, Rüegg, Sauser, Schatz-St. Gallen, Schürch, Schutz-Graubünden, Spreng, Suter, Thalmann, Thévoz, Vetsch, Wyss (37)

255/77.422 I Soldini – Fall Petra Krause (20. September 1977)

Ich ersuche den Bundesrat, sich zu äussern über:

1. die Art und Schwere der Delikte, welche die deutsch-italienische Terroristin Petra Krause in der Schweiz begangen hat;
2. die Notwendigkeit für die Zürcher Gerichtsbehörden, die Frau 28 Monate lang in Untersuchungshaft zu behalten;

3. die Gründe für die Pressekampagne, welche die Zeitungen «Corriere della sera» und «Repubblica» gegen unser Land und seine Gerichtsbehörden entfesselt haben;
4. die Intervention einer italienischen Parlamentarierdelegation in der Schweiz, die forderte, dass die Gefangene in eine Privatklinik verbracht werde;
5. den Entscheid der Zürcher Gerichtsbehörden, Petra Krause provisorisch freizulassen und sie nach Kloten zu bringen, um die Ausreise nach Italien zu ermöglichen.
6. die Intervention des Bundesgerichts, das die Rückkehr der Terroristin ins Zürcher Gefängnis verlangte;
7. die medizinischen und psychologischen Untersuchungen zur Abklärung des physischen und psychischen Zustands der Angeklagten; die ungewöhnliche Dienstreise zweier Bundesrichter von Lausanne nach Zürich;
8. den Entscheid des Bundesgerichts, der das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement dafür zuständig erklärte, dem von der italienischen Regierung gestellten Auslieferungsgesuch zu entsprechen oder es abzulehnen;
9. die Ausreise Petra Krauses nach Italien, nachdem die Regierung dieses Landes zugesichert hatte, die Angeklagte auf den Beginn des Prozesses am 19. September zurückzuschicken;
10. die unverzügliche Freilassung der Terroristin durch die italienischen Gerichtsbehörden und die Pressekonferenz Frau Krauses;
11. die Meldung, der Gesundheitszustand der Angeklagten lasse es nicht zu, dass sie für ihren Prozess in die Schweiz zurückkehre;
12. das Befremden und die Entrüstung in weiten Kreisen der schweizerischen Öffentlichkeit, die den Eindruck hat, unsere Behörden seien lächerlich gemacht worden.

256/77.466 P Soldini – Rufeinrichtung «Eurosignal»
(6. Oktober 1977)

Die Europäische Konferenz der Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen (CEPT) hat es für zweckmässig gehalten, ein einseitiges Rufsystem – «Eurosignal» –, das ganz Westeuropa erfassen soll, festzulegen.

Die schweizerischen PTT-Betriebe sind auf diesem Gebiet gegenüber den Verwaltungen der Nachbarländer offensichtlich im Rückstand. Der Bundesrat wird daher eingeladen zu prüfen, ob nicht ein öffentliches, an das «Eurosignal» angeschlossenes Einzelrufsystem aufgebaut werden sollte. Eine solche Einrichtung würde zahlreichen Berufsleuten gute Dienste leisten.

257/77.348 P Spiess – 10. AHV-Revision (2. Mai 1977)

Wichtige Fragen wurden in der 9. AHV-Revision zurückgestellt. Es handelt sich vor allem um Fragen, die verschiedene Kategorien von Frauen betreffen, so z. B. gewisse Gruppen von ledigen Frauen, Frauen die mit Ausländern verheiratet sind und andere. Es drängt sich auf, dass diese Problemkreise in einer kleinen, rasch handlungsfähigen Expertenkommission so schnell als möglich abgeklärt werden. Darum wird der Bundesrat gebeten, eine solche Kommission zu bestellen.

Mitunterzeichner: Blunschy, Gerwig, Lang, Meier Josi, Meyer Helen, Müller-Luzern, Seiler, Thalmann, Trottmann, Weber-Arbon (10)

258/77.490 M Spreng – Krankenkassen. Prämiengleichheit für Männer und Frauen (6. Dezember 1977)

Eine neue Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist in die Wege geleitet; ihr Ausgang ist allerdings noch ungewiss. Nun ist die Schweiz das einzige Land, wo von den Frauen – unter dem Vorwand höherer Kosten – höhere Krankenkassenbeiträge verlangt werden, obwohl doch jede Kasse die Tarife nach dem Grundsatz der Solidarität unter den Mitgliedern gestalten sollte.

Der Bundesrat wird ersucht, unabhängig vom angekündigten Revisionsentwurf die Krankenkassenbeiträge für Männer und Frauen gleich zu regeln.

Mitunterzeichner: Bauer, Bonnard, Cevy, Corbat, Delamuraz, Duboule, Dupont, Flubacher, Füg, Gautier, Girard, Kohler Raoul, Schürch, Schwarz, Waldvogel (15)